

Dill-Beitrag

Zeitung für das Dilltal

Dillenburg Tageblatt

Amtliches Kreisblatt für den Dillkreis

Druck und Verlag der Buchdruckerei E. Weidenbach in Dillenburg

Anzeigenpreise: Die 6gespaltene Beil.-Zeile 20 Pfennig, Achtspaltige, 30 Pfennig, bei Wiederholungen 50 Pfennig. Bei Anzeigen, die über den Kreis hinausgehen, sind die Preise entsprechend erhöht. Die Geschäftsstelle 25 Pf.

Abgabe täglich nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: Vierteljährlich ohne Frangierlohn M. 3. — Bestellungen nehmen entgegen die Geschäftsstelle, die Zeitungsboten und die Postboten, sowie sämtliche Postanstalten.

Geschäftsstelle und Schriftleitung Schulstraße 1. — Fernruf Nr. 24. — Postfachkonto 8563 Frankfurt a. M. — Bankkonten: Landesbankstelle Dillenburg und L. Pfeiffer, Depositenkasse, Dillenburg.

Montag, den 16. Dezember 1918

76. Jahrgang

Nr. 294

Polen bricht die diplomatischen Beziehungen zu uns ab.

Unabsehbare Weltsteuern.

In seiner letzten Rede hat der nordamerikanische Präsident Wilson angekündigt, daß für das nächste Jahr infolge des Krieges für die Vereinigten Staaten von Nordamerika allein 24 Milliarden neue Steuern erforderlich seien. Das sind also, in Buchstaben, vierundzwanzigtausend Millionen Steuern, Steuern und nochmals neue Steuern. Alle bisherigen Steuern bleiben außerdem noch. England und Frankreich haben ihren Steuerbedarf für 1919 noch nicht bekannt gegeben, aber er wird im Verhältnis nach vier Kriegsjahren noch höher sein, als der der nordamerikanischen Union, die erst seit Anfang 1917 im Kriege stand. Dabei schneidet Frankreich noch die Milliardenlast der Zinsen der russischen Anleihen mit sich herum, die die französische Staatskasse wohl oder übel bezahlen muß, um nicht Tausende von kleinen Deuten an den Verteilern zu bringen, da das republikanisch-bolschewistische Rußland nicht zahlt. So stehen die sogenannten Sieger im Weltkrieg da. Da ist es von ihrem Hauptstandpunkt aus begreiflich, daß sie unter allerlei Vorwänden von uns so viele Milliarden herauspressen wollen als es ihnen nur möglich ist. Die Summen schwellen herartig an, daß die Welt gegen die Schrecken der Steuern und Verschuldung ebenso abgestumpft wird, wie gegen diejenigen des Krieges, von denen sie in der Zeitung las. Bis es heißt: Bezahlen! Dann wird den Steuerzahlern ein Empfinden kommen wie den Soldaten im Schützengraben unter feindlichem Trommelfeuer.

Die neuen Vorden sind so ungeheuerlich, daß die Frage lautet, ob sie überhaupt aufgebracht werden können. Nicht zahlen heißt aber Staatsbankrott. Und Staatsbankrott bedeutet das Ende allen Kredit, also die trassete Verarmung. Und wir können doch auch Kriegsschuldigen und Kriegeswunden nicht hungern lassen. Freilich, das Emporkommen von reichen Deuten ist dabei nicht mehr möglich, denn alles Einkommen wird unter verschiedenen Namen wie weiß wie oft versteuert werden. Und dabei bleiben alle Abgaben und Lasten, die bisher bestanden, sie werden ebenfalls noch verschärft werden. Unter solchen Umständen hat es wenig Nutzen, alle Hoffnungen auf das Muten des Kapitals zu setzen. Der Kurswert aller Papiere ist dermaßen gesunken, daß mancher Rentier heute schon ein lärglich bemittelter Mann geworden ist, der nicht mehr das hat, was er auch bei den bescheidensten Ansprüchen zum Leben gebraucht. Jeder ohne Ausnahme wird sich in das Betriebswerk der Steuermaschine einstellen müssen, um für Deutschland den Ruhm der Ehrlichkeit auch in der Zeit der bedrängten Finanzlage zu retten.

Für das neue Steuerjahr 1919 waren im Deutschen Reich und in den Bundesstaaten, wie der Finanzminister Schifferer heute mitgeteilt hat, 19 Milliarden neue Steuern in Aussicht genommen. Diese Rechnung war für den Fall, daß wir den Krieg nicht verloren hätten. Nun ist aber das letztere geschehen, und damit erhöhen sich die 19 Milliarden auf einen Betrag, an den man gar nicht zu denken wagt. Und dabei sind Nebesteuern, alle sonstigen Versicherungen, Kommunalsteuern, Gewerbesteuern, Kirchensteuern, und dergleichen noch gar nicht mitgerechnet, ebenso wenig die aus der sozialistischen Staatsform entstehenden Kosten, die, wie ebenfalls der Minister sagte, in dem ersten Monat des Bestehens der deutschen Republik schon eine Milliarde, tausend Millionen, überstiegen haben. Der Steuerzahler faßt sich an den Kopf, ihm schwindelt. Daß es da mit dem allgemeinen Habendollen nichts ist, und nicht werden kann, liegt auf der Hand.

Die riesige und nicht immer nötige Geldausgabe durch das Reich muß unweigerlich nicht nur zu Ende kommen, sondern muß auch der alten deutschen Tugend der Sparbarkeit Platz machen. Sparbarkeit im Reich, in den einzelnen Staaten, in Stadt und Gemeinde, sonst zahlen wir uns zu Tode. Und es darf auch nicht angehen, wie ebenfalls der Minister sagte, daß der neue Staat viel teurer arbeitet, als der alte, denn davon würden gerade die breiten Volksklassen den schwersten Schaden haben. Sie empfinden es am drückendsten, wenn allgemeiner Niedergang herrscht. Bei größter Sparbarkeit mögen wir wieder zu anderen Zeiten kommen, wenn uns nicht äußere Einflüsse hemmen, die uns sicher so viel wie möglich Steine in den Weg werfen werden, aber die Geduld dürfen wir nicht verlieren. Mit ein paar Jahren kommen wir nicht über den Berg hinüber, der Armut heißt.

Der Empfang Wilsons.

Basel, 15. Dez. Gaby meldet aus Brest: Nach den an Bord des „George Washington“ vorgenommenen Vorstellungen bewillkommnete Pichon den Präsidenten Wilson im Namen der französischen Regierung. Er führte insbesondere aus: „Wir begrüßen in Ihnen das Oberhaupt der großen amerikanischen Nation, die im Krieg der von uns gemeinsam verteidigten Sache entscheidende Dienste geleistet hat und die diese Dienste auch im Frieden leisten wird. Ganz Frankreich schließt sich an Ihnen anzuschließen. Wir sind glücklich, Ihnen bei Ihrer Ankunft die Gefühle des Vertrauens und der Dankbarkeit auszudrücken zu dürfen, die das ganze Land befeelen.“ Wilson dankte und führte aus, daß er es als eine Begünstigung betrachte, in Frankreich an der Auffstellung eines Friedens mitarbeiten zu dürfen, der in der ganzen Welt die Entwicklung des Fortschrittes ermöglicht werden. Der Präsident bemerkte weiter, daß die zwischen den beiden Ländern herrschende Freundschaft Frankreich als den gegebenen Punkt seiner Landung erscheinen lasse. Er schloß

mit den Worten: „Wir werden den Ergebnissen des gemeinsamen Sieges die Beiste geben.“

Der Präsident begab sich dann an Bord des „Gas de Calais“, der in den Handelshafen einfuhr. Die auf den Quais sich drängende Menge bereitete dem Präsidenten eine anhaltende Ovation. Das Schiff legte an und Präsident Wilson mit seiner Gemahlin und seinem Gefolge begab sich an Land. Der Präsident wurde unter einem in den Farben der Alliierten geschmückten Zelte empfangen.

Zum Empfang Wilsons stellten sich zwei Delegationen ein. Der Präsident dankte den Gemeindeführern für den ihm bereiteten Empfang und für die Gastfreundschaft, die den amerikanischen Truppen gewährt wurde, die gekommen waren, um für die gemeinsame Sache gegen einen außerhalb des Gesetzes stehenden Feind zu kämpfen, und schloß: „Ich freue mich, hierher zu kommen, um meine Rückschlüsse mit denen Ihrer Staatsmänner vereinigen zu können, um einen Frieden gemäß dem Ideal Frankreichs und Amerikas herbeizuführen.“

Nach Schluß der offiziellen Zeremonie begab sich der Festzug an den Bahnhof. Wilson war begleitet von Pichon, dem Seepfaffen und dem Bürgermeister von Brest. Eine riesige Menge jubelte Wilson. Am Bahnhof wurde der Präsident von den Ortsbehörden begrüßt. Nachmittags 4 Uhr fuhr der Sonderzug ab. Die Straßen sind außerordentlich belebt, Bälle wurden veranstaltet und die Vergnügungen dauerten die ganze Nacht an.

Genf, 15. Dez. Die sozialistische Partei Frankreichs und der große Ausschuss des allgemeinen Verbandes der französischen Gewerkschaften hatte für die Ankunft Wilsons in Paris eine große Arbeiterkundgebung in Aussicht genommen und der Minister des Innern, Bains, konterterte in dieser Beziehung vorgestern, wie bereits gemeldet, mit dem sozialistischen Abg. Renaudel. Wie sich jetzt herausstellt, hat Clemenceau die Erlaubnis zu dieser Kundgebung verweigert, falls nicht der Präsident Wilson selbst vorher damit einverstanden sei und sich zur Entgegennahme der sozialistischen Adresse bereit erkläre. Die Führer der Parteien und der Gewerkschaften haben es abgelehnt, in dieser Weise die Verantwortung für eine Kundgebung, die sie selbst tragen wollten, auf den Präsidenten Wilson abzuladen, und da Clemenceau sich mit der Garantie der Ordnung bei der Kundgebung durch die Sozialisten und Gewerkschaften allein nicht zufriedengeben wollte, so haben die Sozialisten, wie sie in der „Humanité“ erklären, auf ihre Kundgebung vorläufig verzichtet. Sie überlassen es den Arbeitern persönlich, den Präsidenten Wilson bei seiner Ankunft zu begrüßen. Sie wollen, wie sie betonen, durch ihren Verzicht auf eine organisierte Kundgebung jeden Vorwand beseitigen, der dazu ausgenutzt werden könnte, die bedeutende Rolle zu beeinträchtigen, die der Präsident bei der Organisation des Weltfriedens zu spielen berufen ist.

Bern, 15. Dez. (S.W.) Anlässlich des Eintreffens Wilsons in Paris veröffentlicht die Presse lange Begrüßungsartikel. Sie feiern Wilson und erinnern an dessen Werk, an die entscheidende militärische Aktion der Vereinigten Staaten. Wilson wird als der Mann geschildert, der den Sieg endgültig herbeiführt habe. Die großen Boulevardblätter sind besonders sensationell aufgemacht. Der „Matin“ bringt einen Begrüßungsartikel aus der Feder Joffres, das „Petit Journal“ einen solchen Rivians, der „Petit Parisien“ einen langen Aufsatz von Leon Bourgeois, der nachdrücklich auf die Gedanken betreffs des Völkerbundes hinweist und der dem Wunsch Ausdruck gibt, daß Wilson, der jetzt zur Vertretung seiner Ansicht nach Europa gekommen sei, das Werk des Völkerbundes ins Leben rufen möge. Zeitungsweise fehlt im „Echo de Paris“, dem nationalsozialistischen der Pariser republikanischen Blätter, jeder Hinweis auf die Ankunft Wilsons.

Bern, 15. Dez. (S.W.) Die nationalistischen Pariser Blätter lassen in ihren Wilson gewidmeten Artikeln ihre Ansichten und Hoffnungen ungehindert zum Ausdruck kommen. So führt der „Temps“ aus, Wilson liebe die Wahrheit, man könne also offenem Herzen mit ihm reden. Einen französischen Imperialismus gebe es nicht. Sollte es aber zu neuen Kriegen kommen, so wäre Frankreich neuen Gefahren mehr ausgesetzt als irgendein anderes Land. Frankreich glaube wie Wilson an eine pazifistische Zukunft, die Einheit Frankreichs und Amerikas sei heute notwendiger denn je. Deutschland selbst bringe das jetzt in Erinnerung, denn Ebert erkenne Deutschland nicht als geschlagen an. Auf welcher Moral sich das neue Deutschland aufbaue, wisse man nicht. Von Neuem als dem einzigen Weg zur Rehabilitierung will man in Berlin immer noch nichts wissen. Die Parteien schätzen ihre Stärke nach Maschinengewehren ein und die Regierung verberrliche die Armeen, damit sie ihr die Spartakusgruppe meistern helfe. Gehe die Armeen darauf ein, so werde Ebert der Gefangene der Generale sein. Die angeblichen Friedensgarantien und die sittliche Wiedergeburt Deutschlands lösten sich in Rauch auf. Wilson wolle nun den Völkerbund gründen. Die Ereignisse in Deutschland trieben zur Verwirklichung dieses Gedankens, denn je unerbesserlicher Deutschland sich zeige, um so notwendiger würde zur Vermehrung neuer Konflikte eine derartige Einrichtung sein. Die Deutschen könnten es fertig bringen, daß der Völkerbund eine Utopie werde und sie täten ihr möglichstes dazu. In diesem Zusammenhange werde die Liga der freien Nationen eine Notwendigkeit.

Aufruf an die deutschen Arbeiter!

Berlin, 14. Dez. (S.W.) Der Rat der Volksbeauftragten erläßt folgenden Aufruf an die deutschen Arbeiter: Die Errungenschaften der sozialistischen Revolution sind in Gefahr. Drohende Katastrophen zeichnen sich täglich deutlich ab. Bergeht nicht, wie wir leben! Der Krieg hat uns arm gemacht, die Niederlage noch ärmer. Unser Boden ist vernachlässigt und ausgezogen, unser Vieh abgeschlachtet, unsere Bestehrmittel sind heruntergekommene, die Produktionsanlagen für die Herstellung von Friedensgütern sind abgemüht, teilweise ruiniert. Die wichtigsten Rohstoffe mangeln, drückende Arbeitslosigkeitsbedingungen lähmen unsere Bewegungsfreiheit. Ungeheuerlich sind die Lasten, die der siegreiche Feind uns auferlegt hat. Arbeiter, in Eurer, und in Eurer Hand liegt es, das Verhängnis abzuwenden. Ihr müßt unsere zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufrichten. Ihr müßt dafür sorgen, daß uns Hunger und Bürgerkrieg erspart bleiben, und daß, was unweigerlich auf den Bürgerkrieg folgt: Revolution aller Errungenschaften der Revolution, Eurer Revolution. Ihr müßt arbeiten! Der Sozialismus verlangt Arbeit und kann nur bestehen auf der Grundlage der Arbeit! Wer feiern muß, soll Unterstützung bekommen, aber wer feiert, obwohl er arbeitet, muß sich und die anderen ärmern, verständigt sich an seinem Volke und dessen sozialistischer Zukunft, hilft den Zusammenbruch bereiten, der schließlich auch ihn selbst verschlingt. Arbeiter, bleibt nicht in den großen Städten zusammengedrängt, wo die Industrie Euch nicht genug Arbeit schaffen kann, weil es an Kohle und anderen Betriebsstoffen fehlt und wo Ihr schließlich Hunger leiden müßt, weil Lebensmittel nicht herangebracht werden können. Geht hinaus aufs Land und in die Städte der Provinz! Kräfte, die in Berlin und in anderen Großstädten brachliegen, werden dort dringend gebraucht. Geht zu den Arbeitsschwerfeldern! Sie werden Euch sagen, wo Ihr lohnende Arbeit findet, die Euch nützt und das Volk rettet. Keiner darf sich jetzt darauf verlassen, an dem Orte zu verbleiben, in den er während des Krieges gekommen ist. An der Heimat, an der sozialistischen Disziplin jedes einzelnen hängt die Freiheit und Zukunft unserer sozialistischen Republik. Arbeiter! Schütze Eure Revolution vor den Angriffen jeglicher Reaktion: Rettet sie auch vor dem Ruin durch Hunger und wirtschaftliche Aufhebung.

Ein Dementi.

Berlin, 14. Dez. (S.W.) Zeitungsnotizen aus Genf zufolge soll der „Matin“ berichten, die deutschen Delegierten in Trier hätten am Donnerstag an die Vertreter der Entente das Ersuchen gerichtet, die Besetzungstruppen der Alliierten zu verstärken, um den deutschen Behörden die Herstellung der Ordnung zu erleichtern. Auch für den Fall, daß der „Matin“ eine solche Mitteilung veröffentlicht haben sollte, muß schärfster Einspruch dagegen erhoben werden, die deutschen Delegierten hätten ein derartiges Ersuchen an den Marschall Koch gerichtet. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat vielmehr schon bei den Verhandlungen im Balde von Compiegne ihr möglichstes getan, um den Bestand der Ententebesatzungstruppen in Deutschland nicht zu hoch anzuheben zu lassen. Es liegt nun kein Grund vor, von diesem Verhalten abzugehen, nachdem die Alliierten in Deutschland eingerückt sind.

Die deutsche Waffenstillstandskommission.

Die Abgabe der Bestehrmittel.

In der Debatte über die Waffenstillstandsverlängerung in Trier nahm die Abgabe der Bestehrmittel einen großen Raum ein. Aus ihr ist hervorzuhellen, daß die Abgabe des Bestehrmaterials auf Grund der deutschen Vorschläge vor sich gehen wird und zwar in der Weise, daß bis zum 18. Januar 1919 die auszuliefernden 5000 Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwagen und 5000 Lastkraftwagen übergeben sein werden. Der deutsche, nach langen Verhandlungen angenommene Vorschlag sieht im einzelnen vor, daß während der ersten zehn Tage vom 18. Dezember an täglich 110 Lokomotiven und 2400 Wagen, sodann während der übrigen 20 Tage je 150 Lokomotiven und 3000 Wagen abgeliefert werden. Der französische Vorschlag auf Ablieferung in kürzester Frist drang nicht durch. Insbesondere gelang es auch, die von französischer Seite vorgeschlagenen Strafvorschriften für den Fall der Nichtlieferung von Material, dessen Zustand für nicht genügend erklärt wird, zu mildern. Von englischer Seite wurde verlangt, daß das Linienschiff „Baden“ anstelle des Panzerkreuzers „Mackensen“ abgeliefert werde, der nicht schiffbereit ist. Letztere Forderung war bereits am 11. Nov. im Balde von Compiegne mitgeteilt worden, worauf von englischer Seite keine neue Forderung gestellt wurde. Staatssekretär Erzberger bezeichnete diese jetzt vorgeschlagene Forderung als ein Akt der Willkür und legte Protest ein. Die Engländer zogen jedoch ihre Forderung nicht zurück.

Eingriffe in den Eisenbahnbetrieb.

Berlin, 14. Dez. (S.W. Amlich.) In den letzten Tagen kamen wieder Eingriffe von Arbeiter- und Soldatenräten in den Eisenbahnbetrieb im Rheinland und in Westfalen vor. Die Reichsregierung hat bereits am 10. November auf die Gefahren hingewiesen, die durch Eingriffe in die Transportverhältnisse heraufbeschworen werden. Sie macht nochmals nachdrücklich darauf aufmerksam, daß durch besorgniserregende unüberantwortliche Maßnahmen ein geordnetes Eisen-

unbetriebl. ungenügend gemacht, der Demobilisierung sowie der
Erhaltung des Bundes mit Lebensmitteln und Bekleid. der
sichte Schäden zugefügt wird. Berlin, den 18. Dez. Wechs-
wägung: Ebert. Dase.

Der abgeköhlte Herr Hoffmann.

Berlin 15. Dez. (W.B.) Zeitungsnachrichten
zufolge soll das Mitglied des Kabinetts Herr Adolph Hoff-
mann in einer öffentlichen Versammlung am Sonntag ge-
köhlt haben: Wenn die Wahlen zu der Nationalversammlung
nicht eine sozialistische Mehrheit ergeben, würde die
konstituierende Nationalversammlung ebenso wie in Aus-
land mit Waffengewalt auseinandergerissen werden. Die
preussische Regierung ist infolge einer Erkrankung des Herrn
Adolph Hoffmann nicht in der Lage, festzustellen, ob diese
Ausschreibung tatsächlich geschehen ist. Sollte sich Herr Adolph
Hoffmann in diesem oder ähnlichem Sinne geäußert haben,
so erklärt die Regierung demgegenüber, daß sie auf
dem Boden der Demokratie steht und den durch
das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung zum
Ausdruck gebrachten Willen des Volkes respek-
tieren wird.

Gegen die Spartakusgruppe.

Berlin, 15. Dez. Außer der Garde-Kavallerie-
Schützen-Division haben auch die Regimenter in Pots-
dam sich der Reichsregierung zur Verfügung gestellt und
fordern die Entlassung Liebknechts und der
Spartakus-Anhänger.

Die Besetzung deutschen Gebiets.

Jülich, 15. Dez. Der „Corriere della Sera“ meldet
aus London: Die Alliierten haben die Schöpfung der Stärke
der Besatzungsmächte für die deutschen Gebiete auf 650 000
Mann beschloffen. Man glaubt, daß die nächsten 14 Tage
die Entscheidung in der Bewegung der nach der Macht ringen-
den radikalen Gruppen in Deutschland bringen werde.
Frankfurt, 15. Dez. Nach Meldungen aus Trier
wurde das Besatzungsheer in Trier auf 30 000 Mann, das
Besatzungsheer im Bezirk Köln auf 45 000 Mann gebracht.
Im ganzen besetzten Gebiet werden neue Garnisonen der
Alliierten eingerichtet, an den Rheinübergängen werden
gleichfalls starke Besatzungen konzentriert.
Karlsruhe, 15. Dez. Aus dem besetzten Gebiet wird
gemeldet: Die Truppenansammlungen an den Rheinüber-
gängen dauern an. Die Besatzungsarmee in Straßburg wird
auf 40 000 Mann und die der Pfalz auf 100 000 erhöht wer-
den.

Amsterdam, 15. Dez. (T.L.) Nach Meldungen aus
St. Avold hat General Angin einen Armeebefehl an die 10.
Armee gerichtet, in dem er erklärt, daß er erwarte, daß die
Soldaten sich nun, wo sie nach dem Rhein vorrückten, ihrer
großen Aufgabe würdig erweisen sollten. Sie müßten Sorge
tragen, daß die Befestigung der Rheingegend selbst die Ein-
wirkung in Frankreich wüßte.

Wiesbaden, 15. Dez. Heute ist die französische Be-
satzungsgruppe zunächst in Stärke eines Infanterieregiments
hier eingetroffen. Der Straßenverkehr ist von abends 8 bis
morgens 7 Uhr gesperrt. Für die Presse ist die Vorzensur
eingeführt. Der Stadtwald aus Mainz hierher verlegt. Eine
Anzahl Räume im Rathaus wurde zum Offizierskasino ein-
gerichtet.

Aus Elsaß-Lothringen.

Basel, 14. Dez. Nach einem Pariser Havasbericht
werden ab 15. Dezember die Post und Telegraphenbureaus
in Elsaß-Lothringen keine deutschen Scheidemünzen und keine
deutschen Banknoten mehr entgegennehmen. Vom gleichen
Tage an werden die gesamten Bureaus nur noch französische
Briefmarken verkaufen.

Die Abdankung des Kaisers.

Berlin, 15. Dez. (W.B.) Ein Bericht des Gewährens-
mannes des „Neuen politischen Tagesdienstes“, der bis zum
2. November in persönlicher Beziehung zum Kaiser stand,
schildert die Vorgänge bei der Abdankung des Kaisers
im Großen Hauptquartier. Die Auffassung des Kaisers
über den Thronverzicht kam am 8. November folgender-
maßen zum Ausdruck: „Ich denke nicht daran, abzudanken.
Von jedem Offizier verlange ich, daß er treu auf seinem
Posten aushalten, weil ich dadurch nur meinem Volke dienen
kann; denn ich sehe den traurigen Vorherrschaftsüber-Deutsch-

land herinzubringen, wenn ich gehe, und da muß eine starke
Hand sein, um Deutschland vor einem Chaos zu retten.
Daraus bleibe ich. Auch arbeite ich gerne mit der neuen
Regierung. Mehrere Herren, mit denen ich gesprochen habe,
sind mir in ihrer Mitarbeit sehr sympathisch.“ — Das
Urteil der Stabschefs der Armee, das Hindenburg am
9. November dem Kaiser überbrachte, lautet einstimmig:
„Gegen den Feind sind die Truppen sicher. Gegen die
Kameraden wird wohl niemand kämpfen.“ Auf telephoni-
sches Drängen wurde als Antwort nach Berlin gegeben,
der Kaiser danke ab, als Kaiser von Deutschland, nicht aber
als König von Preußen. Daraus kam die telephonische Nach-
richt zurück: Es ist zu spät. Wir haben die Abdankung
bereits veröffentlicht. Abends legten die Herren der nähe-
ren Umgebung dem Kaiser nahe, nach Holland zu gehen,
aber der Kaiser wollte nicht. Erst abends 10 Uhr ent-
schloß er sich auf das Drängen Hindenburgs zu dem folgen-
schwereren Schritt. — Als ausschlaggebend für die Entscheidung
des Kaisers werden folgende Erwägungen mitgeteilt: „Die
Entente betont immer wieder, mit dem Kaiser keinen Frieden
schließen zu wollen. Um also dem Volke den Frieden zu
erleichtern, gehe ich nach Holland. Würde ich nach Deutschland
gehen, so läge die Annahme nahe, ich suche eine neue Par-
tei, um mit deren Hilfe einen Putsch zu unternehmen.“
Der Kaiser hatte die Empfindung, daß die Armee ihn ver-
lassen habe, und fühlte sich frei von der Verpflichtung,
für sein Reich politische Entscheidungen zu treffen, da die
Regierung aus eigener Verantwortlichkeit die Abdan-
kung veröffentlicht habe. Um 5 Uhr morgens fand die Ab-
fahrt nach Holland statt.

Die Armee Madensien.

Budapest, 15. Dez. (W.B.) „H. G.“ meldet aus
Groß-Wardein: Das hier befindliche Oberkommando der Ar-
mee Madensien erhielt die Meldung, daß am 7. Dezember
mehrere tausend marschfähige Mann der deutschen Armee
von rumänischen Truppen entwaffnet und interniert wurden.
Hauptmann Michaelis, ein Neffe des ehemaligen Reichs-
kanzlers, erklärte dem Berichterstatter des Blattes, daß
Makensien beim rumänischen Oberkommando in Bukarest pro-
testierte.

Berlin, 15. Dez. (W.B.) Wie von zuständiger Stelle
mitgeteilt wird, wird die Heeresgruppe Madensien und
die bei ihr befindlichen Teile der 11. Armee und der
Heeresgruppe Scholtz nicht in Ungarn interniert wer-
den. Ihr Abtransport nach der Heimat ist in Fuß.

Der Wirtschaftskrieg.

Amsterdam, 14. Dez. (W.B.) Das „Allgemeine Han-
delsblatt“ verweist in einem Beitrage auf die Möglich-
keit, daß die Entente von Deutschland eine große Kriegs-
entschädigung verlangen wird und gleichzeitig nach dem
Kriege einen scharfen Wirtschaftskrieg zu führen
beabsichtigt. Der Zweck des Wirtschaftskrieges sei, die deutsche
Industrie lahmzulegen. Man könne aber nicht gleichzeitig
die Produktion Deutschlands lähmen und es zwingen
hohe Kriegentschädigungen zu zahlen. Das Blatt hofft,
daß, wenn zwischen einem Wirtschaftskriege nach dem Kriege
und einer Kriegentschädigung gewählt werden muß, letz-
teres gewählt werden wird, und daß man dabei einsehen
werde, daß das Land, welches entstehen würde, wenn die
deutschen Arbeiter nicht mehr auf einen zukünftigen, mög-
lichen Hochstand rechnen könnten, nicht auf Deutschland be-
schränkt bleiben würde. Die Worte des amerikanischen Ma-
rinesekretärs Daniels, der sehr entschieden erklärte, daß Ame-
rika mit allen Ländern einen freien Handel treiben müsse,
deren Erzeugnisse die Vereinigten Staaten benötigten, be-
rechtigten zu anderen Hoffnungen. Zum Schluß wünscht das
Blatt, näheres über das in London zwischen Holland und
der Entente abgeschlossene Abkommen zu hören. Die Ge-
richte darüber seien so ungünstig, daß es, nach den In-
formationen des Blattes, möglich sei, daß die Entente die
holländischen Stapelmärkte zu vernichten und nach England
zu verlegen beabsichtige.

Eine französische Stimme der Vernunft.

Berlin, 14. Dez. (W.B.) Die Pariser Gewerkschafts-
zeitung „Davaile“ vom 10. 12. ist für gerechte Wiederher-
stellungsforderungen, protestiert, aber scharf gegen die
Verstärkung der deutschen Republik, sowie gegen die
Aneignung der deutschen Industrie und die Sla-

veinforderungen der französischen Blätter. Das Blatt be-
dauert die Erklärung, daß die Annexion des linken Rhein-
ufers außer Elsaß-Lothringen nicht beabsichtigt wird und
warnt vor der Schaffung eines neuen Elsaß-Lothringens in
Trotz durch die Italiener.

Das Vorrücken der Tschechen.

Wien, 14. Dez. (W.B.) Wie das „Neue Wiener Tage-
blatt“ mitteilt, sind gestern die beiden Städte Teitschen und
Bodenbach von den tschechischen Truppen besetzt worden. Von
dem Einmarsch der Truppen wurde den Bürgermeistern der
beiden Städte durch einen Kurier ein Schriftstück in englischer
Sprache überbracht, in welchem ein englischer Major und
ein französischer Hauptmann die Mitteilung machten, daß
die Abgesandten der Entente am nächsten Tage um 6 Uhr
früh in den Städten eintreffen würden. Die tschechischen Funk-
tionäre hätten sich zum Empfang einzufinden. Das geschah
auch. Die beiden Offiziere kamen im Automobil an und
teilten dem versammelten Gemeinderat mit, daß Teitschen
und Bodenbach im Auftrag der Entente von tschechischen
Truppen besetzt werden würden. Das Nationalgefühl der
deutschen Bevölkerung wurde dabei aber in keiner Weise ver-
letzt. Bald darauf rückten tatsächlich die tschechischen
Truppen in Teitschen und Bodenbach ein und besetzten alle
öffentlichen Gebäude. Die Bürgermeister der beiden Städte
legten formellen Protest gegen die Besetzung ein. Die Ruhe
wurde nicht gestört. Für heute um 12 Uhr nachts ist die Be-
setzung von Reichenberg durch die tschechischen Truppen zu
erwarten.

Ein osteuropäischer Staatenbund.

Basel, 15. Dez. (T.L.) Die „Baseler Nationalztg.“
veröffentlicht aus angeblich gutunterrichteter Quelle folgende
Meldung: Die polnische Regierung hat sich formell zum
Abschluß eines Bündnisses militärisch-politischer Natur mit
der Entente bereit erklärt. Grabski hat in Warschau ein
fertigtes Programm über die zukünftige Gestaltung Osteuropas
vorgelegt. Danach würde zwischen den Polen, Böhmen,
Rumänen und Jugoslawen eine feste Allianz geschlossen
werden, die vor allem eine feste Militär-, Münz-, Verkehrs-
und Handelskonvention einschließen würde und etwa 35 Mil-
lionen Einwohner zählt. Dieser Staatenbund würde eng der
Entente verbunden bleiben. Die ungarische Diplomatie macht
große Anstrengungen, in diesen osteuropäischen Bund auf-
genommen zu werden, wozu übrigens auch einflussreiche Wäh-
lerkreise neigen.

Das Schicksal der Türkei.

Basel, 14. Dez. Die „Morningpost“ meldet aus Kon-
stantinopel: Die Türkei hat um den Abschluß eines Prälimi-
nariatsvertrages gebeten. Die bevorstehenden Friedensverhand-
lungen werden der Türkei den Verlust der Hälfte ihres
jetzigen Besitzstandes bringen.

Kleine Mitteilungen.

Dresden, 15. Dez. In der letzten Nacht kam es hier
zu einem kommunistischen Putschversuch; es gelang aber den
Unternehmern des Putsches nicht, ihre Absicht, das Land-
tagsgebäude und das Polizeipräsidium zu besetzen, zu ver-
wirklichen. Außer einigen Verwundungen entstand kein
Schaden. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

Berlin, 15. Dez. In einer Versammlung der Krupp-
schen Meistergehilfen teilte das Direktorium mit, Krupp
könne höchstens noch 10 000 bis 12 000 Arbeiter beschäftigen.
Von einer regelmäßigen Produktion könne keine Rede mehr
sein, zumal vermutlich eine feindliche Besetzung zu erwarten
sei. Durch diese Ankündigung, so sagt der „Vorwärts“, be-
steht für etwa 200 000 Arbeiter die unmittelbare Gefahr der
Arbeitslosigkeit.

Breslau, 15. Dez. Offiziere und Soldaten, die von
der Disfront zurückkehren, berichten, daß sich der frühere
Bevollmächtigte in Berlin Joffe trotz der Waise der deut-
schen Regierung zu dem am 16. ds. Mts. stattfindenden
Reichskonferenz als eingeladen betrachtet und versucht hat,
die deutsche Demarkationslinie durch Bestechung und Ueber-
redung zu durchbrechen. Bei Danaburg soll es ihm gelungen
sein, einen Soldatenrat durch beträchtliche Summen zu be-
stechen und die Linien zu überschreiten.

Genf, 15. Dez. Der „Temps“ meldet, daß in Frankreich
am 1. Dezember 820 000 deutsche Kriegsgefangene waren.

Der Mutter Söhne.

Roman von D. Esrichs-Mahler.

Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Eva schielte trotz aller Müdigkeit noch nicht, als ihre Mut-
ter gegen 2 Uhr heimkam. Sie stellte sich jedoch schlafend,
weil es ihr unumgänglich gewesen wäre, mit ihr zu sprechen.
Charlotte entdeckte sich leise ihrer Mutter, machte dabei eine
Zigarette und trat dann mit dem Licht an Evas Lager.
Mit prüfenden, abwägenden Blicken sah sie herab auf das
junge Mädchen, deren Brust sich hob und senkte. Keine Spur
von Mutterlichkeit lag in diesen Blicken, nur ein kaltes,
unruhiges Funkeln. Dann hob sie eine der herabgeglittenen
Hedeker auf und hielt sie gegen das Licht, sodas sie goldig
ausleuchtete. Erst dann legte sie dieselbe auf die Kissen zurück.
Evas Atem ging schneller, als sie so mit geschlossenen Augen
lag. Der Duft der Zigarette, das starke Parfüm, welches
den Kleidern ihrer Mutter entströmte, und das Bewußtsein,
daß sie jetzt von dieser mit kalten, prüfenden Blicken beob-
achtet würde, alles legte sich wie ein Kitz auf ihre Brust.
Wie erstarrt armete sie auf, als endlich das Licht verlosch
und ihre Mutter sich niederlegte.

Als Eva sich am anderen Morgen erhob, schielte ihre Mut-
ter nach. Sie neigte sich schnell und leise an und ging dann
hinaus zu Frau Krusmann. Die alte Frau saß in der Küche
und hatte eine große Tasse mit Kaffee vor sich stehen.
Evas Gruß erwiderte sie sehr freundlich.
„Schon aufgeschlafen, Fräulein? Sollte doch, so zeitig stehen
meine Herren-Herren und Damen alle nicht auf. Nun wollen
Sie doch Kaffee haben?“

Eva trat näher heran.
„Sie waren gestern Abend so freundlich zu mir, Frau
Krusmann. Ich nehme Ihr Anerbieten an und komme schon
heute mit einer Bitte um Rat zu Ihnen.“

„Na, denn man los, Fräuleinchen, man sich genießen.“
Sie wuschte mit ihrer Schürze über einen Küchenschüssel und
stellte ihn Eva hin. Diese setzte sich nieder, um die alte Frau
nicht zu verlegen.

„Ich bin hierher gekommen, um mir eine Stelle zu suchen
als Gesellschafterin, als Stütze, gleichviel als was. Nur möchte
ich Familienanschluß haben, da ich allein sehe in der Welt.
Wären Sie mir sagen, in welcher Zeitung ich da am besten
inseriere und wo ich vielleicht solche Angebote finde?“

„Dann ist, Fräulein, kann ich. Aber stellen Sie sich das
nicht so leicht vor. Haben Sie gute Zeugnisse?“
„War keine. Ich war bis jetzt im Hause eines Verwandten
und führte dort den Haushalt.“

„Am, hm, ohne Zeugnisse, da ist nicht viele zu machen.
Können Sie sich nicht 'n Zeugnis von Ihrem Verwandten aus-
stellen lassen?“

„Das könnte ich wohl. Es würde aber immerhin einige
Zeit darüber vergehen, und ich möchte doch sofort etwas un-
ternehmen, da ich meiner, meiner Tante nicht lange zur Last
fallen möchte.“

„Na ja, versuchen können Sie es schon immer. Und da
hier ist die richtige Zeitung vor Ihnen. Kriegen Sie man ein,
Sie können jeden Morgen einsehen. Der Student, der auf ihr
abonniert hat, steht erst spät auf.“

Eva schielte ängstlich danach.
„Ich möchte doch nicht, wenn die Zeitung nicht Ihnen
gehört.“

„Na, was denn? Sie gucken ihr doch nicht ab. Braucht ja
niemand zu wissen. Nehen Sie man ein und nehmen
Sie ihr mit — ich bringe Ihnen dann gleich den Kaffee.“

Eva ging ins Zimmer und zurück und studierte den An-
zeigenteil der Zeitung. Einige Adressen notierte sie und legte
dann die Zeitung wieder zusammen. Als Frau Krus-
mann den Kaffee brachte, gab sie dieselbe dankend zurück.

Nachdem sie eine Tasse Kaffee zu sich genommen hatte,
machte sie sich zum Aufgehen fertig. Draußen ließ sie sich
von der alten Frau die Lage der Straßen erklären, die sie auf-
suchen wollte. Diese gab ihr genaue Weisung, wie sie zum
Ziel kam, nannte ihr die Nummern der Elektrischen und des
Omnibus und schärfte ihr ein, sich nur an Schaulente um
Auskunft zu wenden.

Eva bat, ihrer Tante zu bestellen, daß sie bis Mittag zu-
rück sein würde. Dann ging sie.
Als Charlotte Grabow gegen elf Uhr erwachte, war sie
verwundert, Eva nicht mehr vorzufinden. Frau Krusmann
richtete ihre Bestellung aus, als sie ihr den Kaffee brachte.

Charlotte fuhr ärgerlich auf.
„So ein Lauff. Wie kann sie nur glauben, daß sie ohne
weiteres Stellung findet, — ohne Zeugnisse. Sie ist ja viel
zu schön zu einer solchen Stellung, keine Frau nimmt sie ins
Haus. Sie soll auch gar nicht, hat es gar nicht nötig.“ Scholt
sie aufgeregt.

Frau Krusmann stemmte die Hände in die Hüften.
„Na, zum Theaterspielen kriegen Sie ihr nicht, das steht'n
Blinder ohne Brille.“ sagte sie sehr überzeugt.

„Ach was, wer spricht denn davon. Denken Sie nur,
Frau Krusmann, dieses ungläubliche Mädchen könnte wie eine
Fürstin leben. Ein feiner Mann will sie zur Frau, und
deswegen läuft sie davon und will hier in Stellung gehen.
Ist das nicht verrückt?“

Die Krusmann hies die Luft viefend durch die Lippen.
„Aha, da steigt der Hund befragen. Daht ich mir doch, daß
'n Haken bei die Sache ist. Na, ich hab mal wieder recht je-
habt mit meiner Menschenkenntnis. Aber wissen Sie was, die
weiß, was sie will, die kriegen Sie nicht rum, nicht zu machen.
So wahr ich die Krusmann bin.“

„Affen Sie mich mit Ihren Drakelprüchen in Ruhe, ich
bin schon ärgerlich genug. So ein Unfuss, gleich heute in aller
Frühle fortzulaufen. Was ob die Leute nur auf sie warteten.
Aber vielleicht ist das ganz gut, sie wird merken, wie schäves
es ist, anzukommen und sich im Leben durchzuschlagen.“
Frau Krusmann sah mit geknickten Augen auf Charlotte.
„Sie sollten ihr aber wenigstens ihr Geld nicht abnehmen,
das finde ich nun nicht wohl.“
Charlotte warf den Kopf zurück, jetzt wieder ganz „So-
londame.“

„Bitte, das geht Sie nichts an, das ist meine Angelegenheit.“
„Stimmt, und ich kann ja nur froh sein, daß ich zu meinem
Geld gekommen bin. Aber ich armes, unerfahrenes Weib
kann einem leid tun. Sagen Sie mal, Frau Grabow, Sie
wollen ihr doch nicht mit mang die ledere Gesellschaft nehmen?“
„Ich muß sehr bitten, daß Sie sich nicht in Sachen
mischen, die Sie nichts angehen. Uebrigens verheire ich mit
Leuten aus den ersten Kreisen.“

„Na, ja. Aber die Damens sind doch alle nur vom Thea-
ter und so. Nicht eine von der Tüte, wie Ihre Rechte, ich kenne
mir aus in die Verhältnisse.“

„Meine Rechte kann da eine erste Partie machen bei ihres
Schönheit.“
„Mir können Sie so was erzählen, ich bin verschwiegen.
Die Herren wollen doch alle nur seine kleine Liebslei an-
zetteln. Heiraten ist nicht, das ist doch klar.“

Charlotte zuckte die Schultern.
„Sie sprechen wie der Blinde von der Farbe. Das bes-
sehen Sie nicht? Lassen Sie das Thema. Sie nehmen sich Ab-
sicht sehr viel heraus. Ich werde in Zukunft jede Vertraulich-
keit mit Ihnen unterlassen.“

„Na, man zu, ich werde es ja überleben. Deshalb sage ich
doch, was wahr ist. Aber nu kann ich ja schlafen, ja, ja,
wie Sie wünschen. Mir tut das arme, ahnungslose Weib
leid.“

„Sparen Sie doch Ihre Menschenliebe für andere Weib.
Sie sind ja sonst nicht so voll Mitleid, wenn es einem
Menschen schlecht geht.“

(Fortsetzung folgt.)

letzten Schichten vom 1. 8. November hätten nach 4000 Gefangene gebracht.
Amsterdamer, 15. Dez. Wie aus Washington gemeldet wird, behauptet das amerikanische Justizamt auf Grund amtlicher Angaben, die deutsche Regierung habe während des Krieges 2785 000 Dollar in den Vereinigten Staaten für ihre Werbung ausgegeben.

Tagesnachrichten.

Rotterdam, 15. Dez. (T.U.) Die „Dalla Rail“ meldet: Western stieg ein riesiges Handels-Pack-Flugzeug, welches ursprünglich entworfen wurde, um Berlin zu bombardieren, in Ipswich auf, um einen Flug nach Delhi in Indien zu unternehmen. Die Strecke beträgt 5800 englische Meilen und wird in acht Stationen zurückgelegt. Das Flugzeug führt 500 Ballon Benzin und 6 Passagiere mit.

Zwincmünde, 15. Dez. (T.U.) Der deutsche Militärtransportdampfer „Worms“, mit einem großen Transport von Kriegsgerät von Finnland nach Berlin unterwegs, ist gesunken. — Der durch seine Kreuzfahrten auf allen Meeren bekannt gewordene Hilfskreuzer „Widow“ ist mit einem Transport Flugzeugen und Automobilen in Zwincmünde eingetroffen und hat die Fahrt nach Kiel fortgesetzt.

Kopenhagen 14. Dez. (B.A.) Das Marineministerium teilt mit: Bei der Minensubierung im südlichen Teile des Großen Beltes stieß das Torpedoboot „Daedalus“ am Samstag auf eine Mine. Das Minerschiff wurde gesprengt, wobei sieben Personen getötet, zwei schwer und zwei leicht verletzt wurden.

Lokales.

Briefverkehr mit dem besetzten Gebiet.
Es herrscht allerseits noch viel Meinungsverschiedenheit, wie sich der Briefverkehr mit den besetzten Gebieten regelt, es wird sogar angenommen, daß dieser vollständig unterbunden sei. Demgegenüber sei hier mitgeteilt, daß das Postamt I in Köln Briefe für sämtliche Richtungen durch Karriepost dem Bahnhof Köln-Deutz zuführt, von wo aus sie weiter befördert werden. Vom Kölner Hauptbahnhof verkehrt täglich nur noch ein Zug, und zwar mittags 1 Uhr 43 Min. ab Köln über Eibfeld-Hagen-Hassel-Kreienfen-Goslar-Halberstadt-Berlin Potsdamer Bahnhof, an 4 Uhr 5 Min. nachmittags. Zurück fährt der Zug ab Berlin Potsdamer Bahnhof 8 Uhr 47 Min. abends über denselben Weg und trifft 10 Uhr 44 Min. morgens in Köln ein, von wo er über Nachen-Herbesthal nach Spa weiterfährt. Von Köln aus steht dieser Zug unter englischer Kontrolle. Auch dieser Zug führt Briefpost nach beiden Richtungen.

Die Lebensmittelversorgung. Professor Ehringhaus wendet sich an die Geistlichen in Preußen und durch sie an die Landwirte mit folgendem Appell: „Die gewaltigen Umwälzungen der letzten Wochen sind auch auf unsere Ernährungsweise nicht ohne tiefgreifende Wirkung geblieben. Unsere Lebensmittelversorgung ist in Gefahr geraten, und die Presse weist jeden Tag davon zu berichten, wie sich die Schwierigkeiten immer größer gestalten. Da erwacht nun auch für die Herren Geistlichen die erneute Pflicht, in ihren Kreisen dahin zu wirken, daß die Vorkosten nicht ins Stocken geraten oder aus Verzögerung oder sonstigen Gründen eingestellt werden. Der Unterzeichnete hat in zahlreichen Pfarrkonferenzen Gelegenheit gehabt, die treue Mitarbeit der Geistlichen bei den schweren Aufgaben der Lebensmittelversorgung kennen zu lernen, so daß er jetzt mit einer besonders großen Bitte an sie heranzutreten wagt: Es dürfen jetzt nicht in der öffentlichen Bevölkerung Versäumnisse und Befürchtungen auftreten und die Pflicht zur Lieferung von Lebensmitteln dadurch beeinträchtigt werden. Das wäre das Verhängnis, was geschehen könnte, wenn das Land deshalb die geringste Ablieferung oder Fortführung seiner Wirtschaft unterbrechen wollte. Denn die Folge würde nach den schweren Entbehrungen des Krieges eine Hungersnot im Frieden sein. Damit würde die Gefahr unserer gegenwärtigen Lage gerade für die Landbevölkerung ins Ungeheure gesteigert. Kleinrenten sind uns gestellt durch die Pflicht des ruhigen Widerstandes unserer zertrümmerten Verfassung, unseres geordneten Wirtschaftslebens, besonders aber durch die Heimkehrer unserer Krieger und ihre Verpflegung in den Städten, die doch die Berührungspunkte sind. Es ist nicht anzudenken, welchen entsetzlichen Zuständen wir entgegengehen, wenn das Land die Krieger, die uns vier Jahre lang unter härtesten Entbehrungen vom Feinde geschützt haben, dem Hunger preisgeben und sie dahin bringen würde, sich plündernd über das Land zu ergießen, oder wenn die öffentliche Versorgung durch Hungersnot zu Verweilungsstätten getrieben würde. Das wäre der Untergang Deutschlands in Blut und Selbstzerfleischung, während wir bei geregelter Ernährung — aber auch nur unter dieser Voraussetzung — einige Hoffnung haben dürfen, in ruhiger Entwicklung aus dem leider selbstverschuldeten Zusammenbruch mit Hilfe der Nationalversammlung, wo jeder Stand zu Wort kommen soll, wieder zu erträglichen Verhältnissen und Emporauwärtigen. So hängt jetzt in den nächsten Monaten geradezu alles, und ganz besonders für das Landvolk selbst, davon ab, wie es seiner Ernährungspflicht nachkommt. Prof. Ehringhaus richtet daher die dringende Bitte an alle Geistlichen, ihren ganz besonderen Einfluß dahin geltend zu machen, daß jeder bei seiner Scholle und seiner Pflicht bleibt, unbeschadet seiner persönlichen Stellung zur jetzigen Regierungsform. Nur große Selbstensagung und Hingabe an das Ganze kann jetzt Ruhe und Ordnung und dadurch Rettung aus dieser schweren Zeit verbürgen. Es darf nicht dahin kommen, daß russische Zustände bei uns eintreffen. Das kann das Pfarramt am allerwenigsten dulden, dem die Seele unseres Volkes anvertraut ist. In dieser Hoffnung glaubt der Unterzeichnete, an seine Amtsträger keine Fehlbilte zu richten, wenn er sie nochmals zur Mitarbeit und Mithilfe aufruft. Es handelt sich nicht nur um die Ernährung der Städte und der heimkehrenden Krieger, sondern es handelt sich um unser ganzes Volk und unsere ganze Zukunft.“
Prof. Ehringhaus, Pfarrer a. D.

Für das Handwerk. Das Handwerk hat unendlich viel zu tun, nicht nur im Laufe der nächsten Monate, sondern auf Jahre hinaus. Daraus ergibt sich von selbst die Notwendigkeit, für einen tüchtigen Nachwuchs zu sorgen. Die Lehrlinge haben in der Kriegszeit Tüchtiges gelernt, aber zu verstehen ist doch nicht, daß in ihrem Können Lücken bestehen sind, die ausgefüllt werden müssen. Und wenn auch überall im Handwerk der Achttunden-Arbeitstag eingeführt werden soll, dann wird es ganz unermesslich sein, daß die Lehrlinge auf mindestens vier Jahre festgesetzt wird.

Letzte Nachrichten.

Warschau, 15. Dez. Die polnische Tel.-Agentur meldet: Heute 10.20 Uhr vormittags überreichte der Vorstand der polnischen Abteilung des Ministeriums des Äußeren Dr. Karl Bader in Begleitung des Referenten für deutsche Angelegenheiten, Kajetan Wawrzynski, im Namen der polnischen Regierung dem Grafen Koller eine Note, in welcher unter Hinweis auf die Zustände in Ober-Ost, wo die deutschen Behörden den polnischen Staatsinteressen zuwiderlaufende Handlungen begingen und gemeinsam mit den Bolschewiken vorgingen, die polnische Regierung die Ueberzeugung ausdrückt, daß weitere Verhandlungen mit der deutschen Regierung zwecklos, ja sogar für die innere Ordnung in Polen sowie für künftige und gegenwärtige Beziehungen schädlich wären. Aus diesem Grunde sah sich die polnische Regierung veranlaßt, die diplomatischen Beziehungen mit der deutschen Republik abzubauen, und ersucht den deutschen Vertreter, unbefuglich mit seinem Personal die Republik Polen zu verlassen.

Lissabon, 16. Dez. Der Präsident der Republik Portugal ist ermordet worden.

Kiew, 16. Dez. Kiew ist am Samstag nachmittag von Truppen des Direktoriums besetzt worden. Der Hetman dankte ab, sein Kabinett ist zurückgetreten.

Verantwortlicher Schriftleiter: R. Sattler-Dillenburg.

Amfliche Bekanntmachungen.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.
Betrifft: In Pflanze genommene Pferde der Heeresverwaltung.

Die von den durchmarschierenden Truppen dort zurückgelassenen marschunfähigen und in Pflanze genommene Pferde sind nunmehr an die Pferde-Sammelstelle in Dillenburg, Jügelstr. 114, abzugeben. (Weiter: Leutnant Fröse, Staffelf. 114) abzugeben abzugeben.

Soweit der Erlös aus versteigerten Pferden noch nicht an die Kreis-Kommunalkasse abgeführt ist, kann er nunmehr unmittelbar an die Kassenverwaltung des 2. Bataillons des Inf.-Regt. Nr. 129, 3. Bz. in Dillenburg, abgeführt werden. Die Versteigerungsverhandlungen sind ebenfalls an die letztgenannte Stelle einzufenden.

Dillenburg, den 16. Dezember 1918.
Der Landrat: v. Schel.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.
Die vorchriftsmäßigen Zusammenstellungen zu den Zu- und Abgangskassen über Einkommen- und Ergänzungssteuer für das 3. Vierteljahr 1918 sind aufzustellen und mit den festgesetzten Zu- und Abgangskassen und den Belegen mir bis zum 22. d. Mts. einzureichen.

In den Zusammenstellungen sind die Zu- und Abgangskassen in der Reihenfolge ihrer Nummern einzutragen und in Spalte 2 wie folgt zu bezeichnen:
Zug. A A Nr. 1,
Zug. A B Nr. 2,
Abg. A A Nr. 1,
Abg. A B Nr. 2
u. s. w.

In der Spalte 3 ist das Datum der diesseitigen Festsetzung der Kassen anzugeben und zwar in folgender Form:
15. 10. 18
13. 11. 18 usw.

Die Ausfüllung der übrigen Spalten der Zusammenstellungen ergibt sich aus den Kopfschriften. Die Bescheinigung auf der Rückseite ersuche ich einzuholen nur durch Angabe von Ort und Datum und durch Unterschrift zu vollziehen. Die Zusammenstellungen sind getrennt nach Zu- und Abgängen aufzustellen. liegt für die beiden Vierteljahre nur eine Zu- oder Abgangskasse A vor, so ist die Anfertigung einer Zusammenstellung zu unterlassen. In diesem Falle ist lediglich die festgesetzte Zu- oder Abgangskasse einzufenden.
Dillenburg, den 13. Dezember 1918.
Der Vorsitzende
der Einkommensteuer-Berantwärtigenkommission.

An die Arbeiter des Distriktes.
Alle Arbeitgeber sind verpflichtet, jede vorhandene Arbeitsgelegenheit dem nächsten, nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis (bei der Städtischen Verwaltung in Dillenburg bezw. Herborn) auf dem schnellsten Wege zur Anmeldeung zu bringen. Diese Pflicht haben nicht nur die privaten Unternehmer, sondern auch alle Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, bei denen ein Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist, ganz besonders auch Post und Eisenbahn. Für Ausgleich zwischen den verschiedenen Arbeitsnachweisen wird gesorgt.

Diese Anordnung ergibt gemäß Verfügung des Reichsamtes für Demobilisierung.
Dillenburg, den 13. Dezember 1918.
Der Landrat: v. Schel.

Bekanntmachung.
Die Herren Bürgermeister, die meine Kundversagung vom 25. November 1918, betr. Unterdrückung von Personen durch Einmieten noch nicht erledigt haben, werden an die Erledigung mit einer Frist von 2 Tagen erinnert.
Dillenburg, den 11. Dezember 1918.
Der Landrat: v. Schel.

An die Gemeindebehörden des Kreises.
Ich ersuche Sie, mir bestimmt am 9., 19. und 29. jeden Monats (also zum erstmalig am 19. d. Mts.) anzugeben, wie viel Anmeldungen von Erwerbslosen zur Erwerbslosen-Unterstützung in der Zwischenzeit (also vom 9. bis 19. und so weiter) bei Ihnen eingegangen sind und zwar getrennt nach erwachsenen männlichen und erwachsenen weiblichen Personen und jugendlichen männlichen und weiblichen Personen. Die Termine sind genau einzuhalten. Beschlüsse sind nicht erforderlich.
Dillenburg, den 11. Dezember 1918.
Der Landrat: v. Schel.

Bekanntmachung
über den Verkauf und die Höchstpreise von Pferdefleisch.
Auf Grund der Verordnung des Bundesrats zur Ergänzung der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. Sept. 1915 (R.-G.-Bl. S. 607), vom 4. Nov. 1915 (R.-G.-Bl. S. 728), der Bekanntmachung über Kriegsmahnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (R.-G.-Bl. S. 401) und der Bekanntmachung über Pferdefleisch vom 13. Dez. 1918 (R.-G.-Bl. S. 1357) nebst den dazu erlassenen Ausführungsanweisungen wird für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden folgendes verordnet:

§ 1. Die Preise für Pferdefleisch dürfen im Höchstmaß bei der Abgabe an den Verbraucher folgende Beträge nicht übersteigen:

| | |
|--|---------|
| für 1 Pfund Rindfleisch, Leber, Fleischhaken und Fett | 1.40 M. |
| für 1 Pfund Muttelfleisch, ausgenommen Rindfleisch ohne Knochen | 1.20 M. |
| für 1 Pfund Herz und Eingeweide, Kopffleisch, Hackfleisch und andere geringere Sorten Fleisch, ausgenommen Leber | 1.00 M. |
| für 1 Pfund Knochen | 0.10 M. |

§ 2. Unbeschadet der gleichen Befugnis der Bezirksfleischstelle werden die Kommunalverbände ermächtigt, zu bestimmen, daß Schlachtpferdehändler und Roffschlächter die Schlachtpferde an sie oder an von ihnen bezeichnete Stellen abgeben. Die gleiche Anordnung können sie treffen hinsichtlich des ausgeschlachteten Fleisches und der Inneren der Pferde. Die Schlachtpferdehändler und Roffschlächter sind verpflichtet, den Anordnungen unverzüglich zu entsprechen.

Der Ueberrahmepreis wird durch den Kommunalverband bestimmt unter Zugrundelegung der in § 1 festgesetzten Höchstpreise mit einem nach Lage des Falles angemessenen Abzuge. In Streitfällen entscheidet über die Festsetzung des Preises die Bezirksfleischstelle. Die Abgabe der Ware darf durch die Preisbestimmung nicht aufgehalten werden.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe können das Fleisch und die Fleischwaren, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden, auch kann Pferdehändler und Roffschlächtern die Ausweisarte entzogen werden.

§ 4. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.
Frankfurt a. M., den 9. Dezember 1918.

Bezirksfleischstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden.
Die Polizeibehörden ersuche ich, die Verordnung ordnungsgemäß bekanntzumachen und zu verhängen, daß ein Handel mit Schlachtpferden und Pferdefleisch ohne Ausweisarte des Bezirksfleischstelle stattfindet.
Dillenburg, den 13. Dezember 1918.
Der Landrat: v. Schel.

Als verlehrt
Büglerin
außer dem Hause empfiehlt sich
U. Orth, Marbachstr. 20.

Mädchen
für die Lazarettküche für sofort gesucht.
Franz G. Reuhoff.

Zum 1. oder 15. Januar
Dienstmädchen
gesucht.
Näheres in der Geschäftsst.
Euchezum 1. Januar evtl. auch später ein jüngeres
Zweitmädchen.
Frau E. Baum,
Morkstraße 11.

Junger Mann,
welcher 4 Jahre auf Wärs tätig war und nun vom Militär entlassen ist, sucht wieder Stellung bis zum 1. Januar
Näheres unter 4846 an die Geschäftsstelle d. Bls

Junger Mann
25. Jahr alt, aus dem Heeresdienst entlassen, sucht passende Lebensstellung als Buchhalter. Offerten unter 4848 an die Exped. des Blattes.

Schuhmachergesellen und Lehrling
sofort gesucht. (4831)
Gustav Lang,
Hauptstraße 67.

Wohnhaus
mit Laden
in bester Lage Dillenburgs preiswert zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Sterbefalleshalter ist ein besseres zweistöckiges
Wohnhaus m. Garten
in schönster Lage Dillenburgs preiswert zu verhandeln.
Gell. Anfragen von Selbstreflektanten unter Aufschrift „Wohnhaus“ an Basenwein & Vogler, H.-G., Frankfurt a. M.

Leichter neuer
Ruhwagen
zu verkaufen bei
Reiß,
Eibelshausen.

Ein 20 Monate altes
Simmentaler Rind
kocht zu verkaufen bei
Gottfried Adolf Moos
in Eibach.

Einige Zentner
Dickwurz
zu kaufen gesucht.
Adolf Cunnz,
Draniensstraße 26.

Verkaufe einen noch wenig gebrauchten
Ofen,
(Oranier Nr. 53)
Niederfeld, Neugasse 52.
Großer Pöfen
Weihnachtsbäume
eingetroffen. Gärtner
Solheimz, Hauptstraße 25.

Gut erhalt. Klavier
Pianino
für 1275 Mk. zu verkaufen.
Breitfeld Nr. 144.

Eine außerordentliche
Knochenmühle
für Kraftbetrieb zu kaufen gesucht. Ludwig Koch,
Schlossermeister.

2 tüchtige
Schuhmacher
gesucht.
Gustav Thomas
Saiger.

6 Pferdepfleger
gesucht. Tagelohn 5 Mark. Meldung am **Vausenden** Stein Nr. 1. 2. Bz. Inf.-Regt. 400.
Einzelne ältere Dame sucht zum 1. April wenn möglich früher freundliche
2-3-Zimmerwohnung
mit Zubehör. Angebote un. N. 4832 an die Geschäftsstelle.

Deutsch-nationale Volkspartei.

Aufruf!

Unser Vaterland blutet nach vierjährigem Kriege aus schmerzlichen Wunden; es steht vor der Gefahr der Auflösung. An Stelle von Recht und Ordnung droht der Umsturz aller Dinge.

Vieles ist zertrümmert, was uns heilig und teuer ist. Und doch dürfen wir dem Verlorenen nicht untätig nachstarrern. Es ist Pflicht eines jeden, an dem Wiederaufbau des deutschen Staates und Volkes mitzuarbeiten und dem neuen Deutschland neue Form und neuen lebendigen Inhalt zu geben.

Über unsere Zukunft wird in der Nationalversammlung entschieden werden. Sie ist alsbald einzuberufen; für die Wahl ist volle Freiheit zu gewähren. Wir sind bereit und entschlossen, auf dem Boden jeder Staatsform mitzuarbeiten, in der Recht und Ordnung herrschen. Gegen jede Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklasse verwahren wir uns. Nur ein geordnetes Staatsleben schafft uns Brot und Frieden.

Staat und Gesetz, ausgerüstet mit starker Autorität, getragen von dem freien Willen des Volkes, müssen ihren schützenden Einfluß in Volks- und Wirtschaftsleben geltend machen, um die natürliche Kultur und die soziale Wohlfahrt zu fördern.

Im Mittelpunkt von Leben und Wirtschaft muß mehr als bisher der Mensch als sittliche Persönlichkeit stehen. Ein lebensvolles Christentum, Ehe und Familie sollen die starken Träger des öffentlichen Lebens sein. Deutsches Wesen und deutsche Art müssen mehr denn je unser ganzes Volkstum erfüllen.

Nur Durchführung dieser Grundzüge bei der Gestaltung des neuen Deutschlands erstreben wir untergeordnet den Zusammenschluß aller gleichgesinnten deutschen Männer und Frauen sowie aller gleichgesinnten Parteien und Parteirichtungen zu einer

neuen Partei,

für die wir den Namen

Deutsch-nationale Volkspartei

vorschlagen.

Um die Wunden zu heilen, die der Krieg unserm schwer geprüften Vaterlande geschlagen hat, und um Recht und Ordnung wiederherzustellen, sind wir bereit, mit allen Parteien zusammen zu arbeiten, die dasselbe Ziel erstreben. So muß es gelingen, unser Volk aus dem Jammer dieser Tage herauszuführen und kommenden Geschlechtern eine bessere Zukunft zu sichern.

Für das zu schaffende Parteiprogramm schlagen wir als Hauptpunkte folgende

Richtlinien

vor:

1. Wir treten ein für ein starkes deutsches Volkstum, das keine Einigkeit, Freiheit und Selbständigkeit gegen äußere Macht zu wahren entschlossen ist und sich unabhängig hält von fremder Einflüssen.

2. Wir fordern die Rückkehr von der Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklasse zu der nach den letzten Ereignissen allein möglichen parlamentarischen Regierungsform.

3. Freiheit der Person und des Gewissens, freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift und Freiheit der Wissenschaft sind verfassungsmäßig festzulegen. Das Privateigentum ist gegenüber den geplanten Eingriffen der Sozialdemokratie zu schützen. Dem gleichen Wahlrecht stimmen wir auf Grund der neuesten Entwicklung zu.

4. Wir halten fest an dem Grundgedanken der Selbstwirtschaft, sind aber gewillt, sie durch gemeinwirtschaftliche Betriebsform

in Genossenschaft, Gesellschaft, Staat und Gemeinde bei den dafür geeigneten Betrieben im sozialen Interesse zu fördern.

5. Wir fordern den schleunigen Wiederaufbau der im Kriege geschaffenen staatlichen Zwangswirtschaft und die Auflösung der Kriegesgesellschaften.

6. Eine durchgreifende Abhilfe der Wohnungsnot ist als Voraussetzung jeder gesunden Bevölkerungspolitik auch durch Schaffung von Heimstätten wirksam zu fördern.

7. Wir fordern Wiederbevölkerung des platten Landes durch umfassende Siedlungspolitik zur Schaffung von Bauernland und Eigentumsverhältnissen für Landarbeiter. Hierfür ist Grundbesitz des Staates, der Gemeinden und Privater in angemessenem Umfang gegen Entschädigung zur Verfügung zu stellen.

8. Für die Wiederaufrichtung des durch den Krieg schwer geschädigten Mittelstandes, auch der geistig arbeitenden Teile der Bevölkerung, werden wir eintreten.

9. Der Ausbau unserer Sozialpolitik ist fortzusetzen. Das Koalitionsrecht aller Arbeiter ist sicherzustellen. Der soziale Aufstieg ist zu erleichtern.

10. Den Beamten, Lehrern, Militärpersonen und Angestellten, den Pensionären und Witwenrentnern ist eine rechtlich und wirtschaftlich gesicherte Lebensstellung zu gewährleisten. Das Beamtenrecht und das Staatsarbeiterrecht sind in neuem Geiste zu gestalten.

11. Weisgebende Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen ist Pflicht des Reiches.

12. Die Verwaltung ist zu vereinfachen und in sozialem Geiste zu führen. Die Beamten in Staat und Gemeinde sind ohne Rücksicht auf Parteistellung und religiöses Bekenntnis nach Maßgabe der Befähigung der Beamten zu besetzen. Das Prüfungswesen darf nicht ausschließlich für den Eintritt in einen Berufsberuf entscheidend sein.

13. Wir treten für freiheitliche Gestaltung der Gemeindeverfassungsgesetze ein.

14. Die öffentlichen Abgaben sind nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit und Tragfähigkeit aufzubauen. In dem einheitlich auszubauenden Steuersystem sind Vermögen und Einkommen für die Deckung der Reichs-, Staats- und Gemeindeforderungen in ausgedehntem Maße zur Steuer heranzuziehen, soweit es eine gesunde Volkswirtschaft zuläßt. Die Kriegsgewinne sind auf das Schärfste zu erfassen.

15. Weisgebende Fürsorge für die Volksschule als Grundlage der Bildung des Volkes ist notwendig. Der Aufstieg von der Volksschule zur höheren Bildung ist auch wirtschaftlich zu ermöglichen. Die Pflege geistigen Lebens und geistiger Werte werden wir uns angelegen sein lassen.

16. Die Mitarbeit der Frau am öffentlichen Leben ist geboten.

Der vorstehende Aufruf kündigt die Bildung einer neuen Partei an, zu der sich gleichgesinnte und gesinnungsverbundene Männer und Frauen zusammengeschlossen haben. Naturgemäß konnte es sich bei der vorläufigen Festlegung des Programms nur um Richtlinien für die Arbeit der Partei in Gegenwart und Zukunft handeln. Die programmatische Stellungnahme zu zahlreichen Einzelfragen bleibt einer späteren Zeit vorbehalten. Im Rahmen dieser neuen Vereinigung wird auch die christlich-soziale Partei, getreu ihren bisherigen Grundsätzen, mitarbeiten am Wiederaufbau des deutschen Reiches. Der Aufruf hat die Zustimmung der christlich-sozialen Abgeordneten gefunden, die an den Vorbereitungen zur Gründung der neuen Partei teilgenommen und bei Festlegung der Richtlinien mitgewirkt haben. Zweifellos wird der Aufruf in weitesten Kreisen unseres Volkes lebhaften Widerhall finden.

Dr. Burghardt, R. d. R.

Bekanntmachung.

In das Genossenschaftsregister ist heute zu Nr. 20 bei dem Gemeinnützigen Bauverein für den Dillenburg eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht Dillenburg eingetragen worden:

Kapitalsumme: 100 Geschäftsanteile.
Rechtsverhältnisse: Die §§ 19, Absatz 1 Satz 2, 27 Absatz 1 A, 27 Absatz 2 Satz 1, 41 Absatz 2, 43 Absatz 1 und 2, 67 Absatz 2 und 3 der Statuten sind geändert.

Dillenburg, den 12. Dezember 1918.

Das Amtsgericht.

Einquartierung.

Wer überläßt für die Massenquartiere noch brauchbare Tisch-Gesäße (Tische, Kübel, Waschkübel)? Abzugeben bei den Schuldienern im Gymnasium und bei Volksschule.

Einquartierungs-Kommission.

Versteigerung von Militärpferden.

Mittwoch, den 18. Dezember findet zu Dillenburg, nachmittags 1 Uhr beginnend, eine Versteigerung von etwa 200 Militärpferden auf der Frobnhäuser-Landstr. Siegelstr. 10 gegen gleichbare Zahlung statt.

Generalkommando des 8. Reserve-Korps.

Nach 4 1/2 Jahren aus dem Felde in die Heimat zurückgekehrt, nehme ich meine Praxis wieder auf. Sprechstunden nachmittags von 1-3 Uhr.

Dr. W. Soefer,

prakt. Arzt

Telefon Nr. 199

Schulstraße 8

Achtung!

In Siegen täglich großer Pferde-Verkehr

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Begräbnis unsers lieben Entschlafenen, für die trostreichen Worte des Herrn Pf. Brandenburger und das Ehrengeleit der s. H. hier weilenden M.-W.-Komp., Ref.-Inf.-Regt. Nr. 12 sagen wir auf diesem Wege unseren tiefgefühlten Dank.

Donsbach, 16. Dezember 1918.

Frau Wilh. Weis Ww. geb. Moos,
Heinrich Jakob Weis.

Dankagung.

Für die wohlthuende Teilnahme bei dem Heimzuge unserer lieben

Marie

sagen wir herzlichen Dank.

Familie S. Stahl.

Dillenburg, den 16. Dezbr. 1918.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unsere liebe, gute, treuergebende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Ferd. Klein Wwe.
Emilie geb. Herr

im 51. Lebensjahre, Sonntag abend 7 1/2 Uhr nach langem mit Geduld ertragenem Leiden sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Geschwister Klein,
Familie W. Reichmann,
Familie S. Fleischer.

Dillenburg, den 16. Dezbr. 1918.

Die Beerdigung findet statt Dienstag, den 17. Dez. 1918, nachm. 3 Uhr vom Tranenbause Oberlor 4.

Bekanntmachung.

Alle Arbeitgeber (Industrie, Handwerk, Landwirtschaft sowie Herrschaften, welche Mädchen in Dienste nehmen), wollen sich an den Städt. Arbeitsnachweis (Hilfsdienststelle) Herborn wenden, ebenso alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, damit ein geregelter Arbeitsverhältnis bei der letzten Demobilisierung zu Stande kommt. Die Vermittlung erfolgt unentgeltlich.

Städt. Arbeitsnachweis, Herborn,

Kaiserstraße 28. Fernruf 63.

Geschäftsstunden 8-12, 3-7.

Lebensmittel.

Abgegeben wird am:
Mittwoch d. 18. Dez.
Zwiebel auf Abschnitt 14
der Lebensmittelkarte.
Samstag d. 21. Dez.
Butter auf Abschnitt 11 der
Selbkarte.

Diejenigen Familien, die z. H. keine Kartoffeln im Besitz haben, ebenso die zurückgekehrten Soldaten, die noch Anspruch auf Kartoffeln haben wollen sich Dienstag, den 17. Dezbr. von 8-12 Uhr vorm. auf dem Rathaus (Lebensmittelamt) melden.
Dillenburg, d. 16. 12. 1918.
Der Magistrat.

Maurer

und Bauhilfsarbeiter gesucht. Bauunternehmer
Sering, Saiger.

Werkar-Braunfeller König-Berein.

Den werken Mitgliedern, welche in unserer Kundenliste verzeichnet sind, wird die Butler regelmäßig unserer Verkaufsstelle zugewiesen und wollen diese nach Bekanntgabe abholen.
4810 Der Vorstand.

Guterhaltener

Füllöfen

zu verkaufen.

Saiger, Pfarrstr. 5.

Ein gut erhaltener

Herrren- Anzug,

mittlerer Größe zu kaufen gesucht, ebenso ein paar Wedergamaschen und ein paar Herrenschuhe, 39 od. 40 groß. Angeb. untl. W. 4835 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Außer unseren

aus dem Felde zurückkehrenden Arbeitern können

weitere 50-60 Mann sofort

Beschäftigung bei uns finden. Unterkunft und Verpflegung vorhanden. Nur Erwachsene finden noch Anstellung. Bewerbungen von Jugendlichen zwecklos, da entsprechende Posten inzwischen besetzt.

Saigerer-Hütte A.-G.,

Hochofenwerk Saiger.

Zum möglichst sofortigen Eintritt werden tüchtige

Former,

Gußpufer

und Modellschreiner

gesucht.

Meldungen an Freier Grunder Eisen- und Metallwerke, G. m. b. H., Reunkirchen
Bezirk Arnsberg.

Anzug, Paletots

abzugeben. Uferstraße 5,
Hinterhaus.

Zum Büroreinigen

Frau od. Mädchen
gesucht. Näh. Geschäftsstelle.